

Minister Heil in der Kritik: Bürgergeld-Kosten drastisch unterschätzt!

Helmholtz Kube wirft Arbeitsminister Heil vor: Bürgergeld erheblich teurer als angegeben – rechtliche Bedenken steigen.



Die Diskussion um das Bürgergeld in Deutschland hat eine neue Wendung genommen. Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil von der SPD steht in der Kritik, weil seine Angaben zu den Ausgaben für das Jahr 2025 offenbar stark von den internen Berechnungen seines eigenen Ministeriums abweichen. Während Heil im Bundeshaushalt mit 36 Milliarden Euro plant, zeigen interne Dokumente seines Ministeriums, auf die sich ein

Bericht von apollo-news.net bezieht, dass die tatsächlichen Kosten wohl eher bei 45,6 Milliarden Euro liegen. Damit liegen die Angaben um satte 9,6 Milliarden Euro auseinander.

Der angesehene Jurist Hanno Kube von der Universität Heidelberg hat scharfe Kritik an dieser Diskrepanz geübt und spricht von einer Verfehlung grundlegender Verfassungsprinzipien. „Wenn die Bundesregierung wissentlich falsche, zu geringe Ausgabenansätze benutzt, verstößt das gegen den verfassungsrechtlichen Haushaltsgrundsatz der Haushaltswahrheit,“ erklärte Kube. Dies führe zur Verfassungswidrigkeit des Haushalts, fügte der Professor hinzu. Kube hatte bereits Anfang September ein Gutachten für die Unionsfraktion verfasst, in dem er erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken äußerte. Diese Bedenken wurden durch die aktuellen Enthüllungen nochmals verstärkt.

Reaktionen aus Politik und Fachkreisen

Die Reaktionen aus der Politik ließen nicht lange auf sich warten. Die FDP, vertreten durch den Haushaltsexperten Torsten Herbst, forderte Heil auf, seinen Etat anzupassen. Herbst betonte gegenüber Bild, dass er erwarte, dass der Arbeitsminister „realistische Zahlen in seinem Haushaltsentwurf vorlegt“ und sicherstellt, dass Heil mit dem riesigen Etat auskommt. Der Sozialhaushalt ist mit 179 Milliarden Euro der größte Posten im Bundeshaushalt.

Auf der anderen Seite zeigt sich die Union empört. Chefhaushälter Eckhardt Rehberg von der CDU warf Heil vorsätzliche Täuschung vor. „Heil etatisiert mit Vorsatz falsche Zahlen, um die Probleme beim Bürgergeld zu verschleiern. Dies ist ein Skandal,“ so Rehberg. Auch aus Parteikreisen der Union wird immer lauter nach Konsequenzen für den Arbeitsminister gerufen.

Warum das wichtig ist

Die Diskussion um die korrekten Zahlen im Bundeshaushalt ist nicht nur eine technische Frage, sondern hat weitreichende Folgen für die Glaubwürdigkeit der Regierung und die finanzielle Planung des Landes. Wenn zentrale Ausgabenposten, wie das Bürgergeld, nicht korrekt beziffert werden, kann das die gesamte Haushaltsplanung ins Wanken bringen und zu einem erheblichen Vertrauensverlust in die Politik führen.

Für eine detaillierte Betrachtung des Falls, **siehe den Bericht auf apollo-news.net**.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de